

Interview zum anonymisierten Krankenschein mit der Abgeordneten Catherina Pieroth-Manelli, Bündnis 90/Die Grünen vom 13.11.2017

Solidarity City: Wir haben erfahren, dass für die Umsetzung des Anonymen Krankenscheins und der Clearingstelle 700.000 Euro in den Haushaltsausschuss eingebracht wurden. Entsprechend der Schätzungen zu Menschen, die sich in Berlin ohne Aufenthaltsstatus und Zugang zur Krankenversorgung aufhalten, haben wir große Sorge, dass diese Summe nicht ausreichen wird. Gibt es Möglichkeiten der Nachverhandlung? Was passiert, wenn die Summe aufgebraucht ist?

Frau Pieroth-Manelli: Unser Ziel ist immer, dass nicht ständig zwischen Geflüchteten, Menschen mit Migrationshintergrund, Ausländer*innen oder Deutschen unterschieden wird. Entsprechend habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Zielgruppe der Clearingstelle und des Behandlungsfonds von Menschen ohne legalen Aufenthaltstitel auf alle Menschen ohne Krankenversicherung erweitert wird. Wir – meine Koalitionspartner*innen und ich – wollen, dass Angebote zwar zielgruppengerecht gestaltet werden, aber trotzdem allen zur Verfügung stehen.

Es gibt in Berlin viele Menschen, die aus dem regulären Krankenversicherungssystem rausgefallen sind, z.B. Selbstständige, die mal privat versichert waren, aber aus ihrem kleinen Einkommen die gestiegenen Prämien nicht mehr bezahlen konnten. Oder Obdachlose, die vielleicht sogar noch einen Anspruch haben, aber keine Versicherungskarte mehr. Das Clearingverfahren soll möglichst viele Menschen in die Regelversorgung und -finanzierung bringen. Und die Personen, bei denen das Clearingverfahren nicht erfolgreich ist, sollen von dem Behandlungsfonds profitieren. Damit wollen wir erreichen, dass alle nichtversicherten Menschen einen Zugang zur gesundheitlichen Versorgung erhalten. Und deshalb habe ich mich mit Erfolg in den Haushaltsberatungen dafür eingesetzt, die Mittel hierfür mehr als zu verdoppeln.

Mittlerweile erhalten Menschen, die im Asylverfahren sind, die elektronische Gesundheitskarte. Da wäre es natürlich sinnvoll, dass auch die Menschen, die über den anonymen Krankenschein versorgt werden, eine ähnliche Karte bekommen. Wie sehen Sie das?

Ja, das sehe ich auch so. Eine Karte wäre wohl das einfachste und würde vor Stigmatisierung gegenüber anderen Gruppen schützen. Aber wie genau das geregelt wird, sollte aus meiner Sicht der eigens hierfür eingesetzte Runde Tisch bei der Senatsverwaltung besprechen.

*Gab es Diskussionen im Ausschuss dazu, wie man mit Diskriminierungen im Gesundheitssystem umgeht? Wir haben Befragungen gemacht und man kann es auch woanders nachlesen, dass selbst Menschen, die mit einem Zugang zur medizinischen Versorgung zu Ärzt*innen oder ins Krankenhaus gehen, immer wieder nicht die adäquate Behandlung erhalten. Wir würden sagen, der Grund hierfür heißt struktureller Rassismus im Gesundheitssystem, wie auch in anderen Bereichen, und uns würde interessieren, ob es hierzu Diskussionen oder Ideen gibt, wie man damit umgeht.*

Diesen Vorwurf eines strukturellen Rassismus kann ich so nicht teilen und er ist mir in dieser Form auch bislang nicht zu Ohren gekommen. Aber Diskriminierungen gibt es sicherlich wie in allen anderen Lebensbereichen auch – dagegen müssen wir uns wehren. Wenn Ihnen da konkrete Fälle bekannt sind, melden Sie diese bitte. Wir sind gerade am Überlegen wie wir Ärzt*innen, die schon jetzt ehrenamtlich unterwegs sind, noch besser einbinden können. Eine Möglichkeit wäre, dass Ärzt*innen, die bislang ehrenamtlich tätig sind und die entsprechende Zulassung haben, dies im Nachhinein abrechnen können. Das finde ich eine gute Möglichkeit, dass beide Seiten zum Zuge

kommen. Denn es liegt ja meistens nicht daran, dass sich jemand vornimmt rassistisch zu sein, sondern weil diese Person aus irgendeinem Grund, finanzieller oder sonstiger Art, keinen Sinn darin sieht zu helfen oder zu unterstützen. Ärzt*innen, aber auch sonstige ehrenamtlich Tätige, die ihr Engagement bisher nicht abrechnen zu können, sollten unterstützt werden.

*Die Möglichkeit sein ehrenamtliches Engagement abzurechnen ist eine toller Ansatz. Aber wenn man dringend zum Arzt gehen muss, besteht nicht immer die Möglichkeit zwischen verschiedenen Ärzt*innen zu wählen.*

Grundsätzlich gibt es in Deutschland das Recht auf freie Arztwahl. Das kann natürlich auch mal eingeschränkt sein, gerade wenn es ein Notfall ist. Das sehe ich auch nicht unmittelbar als Problem oder Diskriminierung. Das ist, meiner Meinung nach, auch die Aufgabe einer Clearingstelle, dass sie möglich viel den Menschen mit an die Hand gibt, d.h. Beratung und wohin sie sich wenden können.